

Flüchtlinge

Syrer darf Zweitfrau nachholen

PINNEBERG. Ein syrischer Flüchtling im Kreis Pinneberg (Schleswig-Holstein) hat seine Zweitfrau im Interesse der gemeinsamen vier Kinder nachholen dürfen. Der Mann sei bereits mit seiner anderen Frau in Deutschland gewesen, mit der er ebenfalls vier Kinder habe, bestätigte Kreissprecher Oliver Carstens am Montag in Elmsborn. Zuvor hatten mehrere Medien darüber berichtet. Damit die anderen vier Kinder, die auch schon in Deutschland waren, ihre Mutter bei sich haben, sei der Nachzug als Härtefall genehmigt worden.

Im Sinne des Kindeswohls

Es gehe bei Familienzusammenführungen nicht darum, „mehrere Ehefrauen nach Deutschland zu holen, sondern es geht primär um das Wohl der Kinder“, so Carstens. Jeder Einzelfall werde genau geprüft. Im Kreis Pinneberg gebe es mindestens zwei solcher Fälle, er gehe aber von einer Dunkelziffer mit wenigen weiteren Fällen aus.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte der „Rheinischen Post“, er sei „grundsätzlich skeptisch, was den Nachzug von Zweit- oder gar Drittfrauen betrifft“. Das schließe aber nicht völlig aus, dass man im Einzelfall im Sinne des Kindeswohls „auch anders entscheiden“ könne. Ähnlich äußerte sich die Vizevorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Eva Högl. „Im deutschen Aufenthaltsgesetz ist ein Nachzug von Zweitehegatten einer polygamen Ehe ausdrücklich ausgeschlossen“, betonte Högl. In Einzelfällen könne jedoch der Nachzug zur Vermeidung einer „außergewöhnlichen Härte“ erlaubt werden. (dpa)

Kompakt

Im Tempo-80-Bereich

Porsche brettert mit 247 km/h über A 1

OSNABRÜCK. Die Polizei hat einen Raser mit einer Höchstgeschwindigkeit von 247 Kilometern pro Stunde auf der A 1 nahe Osnabrück erwischt. Der 48-Jährige sei mit seinem Porsche Cayenne in einem Tempo-80-Bereich damit viel zu schnell unterwegs gewesen, teilte die Polizei Osnabrück am Montag mit. Er muss nun ein Bußgeld von 600 Euro zahlen und drei Monate seinen Führerschein abgeben. (lni)

Keine Hinweise auf Elefanten-Quälerei

HANNOVER. Gegen den Zoo Hannover wird nicht mehr wegen des Vorwurfs der Elefanten-Quälerei ermittelt. Das bestätigte die Generalstaatsanwaltschaft Celle. Die Tierschutzorganisation Peta hatte Tierpflegern vorgeworfen, die Elefanten mit Haken und Peitschen zu Kunststücken zu animieren und sie so zu misshandeln. Die Staatsanwaltschaft Hannover hatte keinen hinreichenden Tatverdacht für strafbare Handlungen gefunden.

Neues Buch

Die Folgen des Radikalerlasses

HANNOVER. Über die Auswirkungen des sogenannten Radikalerlasses in Niedersachsen informiert eine neue Dokumentation des Landes. Das 210-seitige Buch wurde am Montag von der früheren SPD-Landtagsabgeordneten Jutta Rübke in Hannover vorgestellt. Der 1972 von Bund und Ländern beschlossene Radikalerlass zog für viele politische aktive Menschen ein Berufsverbot nach sich. (lni)



„Friederike“ macht die Wälder platt

Orkan „Friederike“ hat in den Landesforsten in Niedersachsen großen Schaden angerichtet. Der Wind riss so viele Bäume um, wie sonst etwa in einem halben Jahr gefällt werden, teilten die Landesforsten mit. Betroffen sind fast ausschließlich Fichten. Laubbäume und andere Nadelhölzer seien nur in sehr geringem Maße vom Sturm umgeweht worden, hieß es. Die Menge an Sturmholz liege in den Landesforsten bei etwa 950 000 Festmetern und damit bei 56 Prozent des planmäßigen Jahres-Einschlags. Generell seien größere Flächen Wald – so wie hier auf dem Foto zu sehen – nur an einigen wenigen Stellen zerstört worden. Meist seien nur einzelne Bäume umgestürzt.

Der nächste VW-Skandal?

Eine Untersuchung zu Stickstoffdioxid sorgt für Aufregung – Was steckt hinter den Schadstofftests?

BERLIN. Eine Forschungsvereinigung deutscher Autohersteller hat eine Studie an der Uni Aachen gefördert, die die Wirkung von Stickstoffdioxid (NO₂) auf den Menschen untersucht. NO₂ ist der Schadstoff, dessen Messwerte von VW manipuliert wurden. Was steckt hinter der Studie? Und sind solche Tests üblich? Einige Antworten.

Was wurde gemacht? Es ging darum, die gesundheitlichen Auswirkungen verschiedener NO₂-Konzentrationen auf die Gesundheit zu testen. Dafür verbrachten 25 Probanden, laut den Forschern in erster Linie Studenten, jeweils drei Stunden in einem 40 Quadratmeter großen Versuchsraum, in den das Gas eingeleitet wurde. Institutsleiter Thomas Kraus sagte, die Konzentrationen seien denen in der Umwelt vorhanden vergleichbar gewesen. Die Probanden hatten ihrer Teilnahme schriftlich zugestimmt.

Was kam heraus? Die Forscher nahmen die Lungenfunktion und Blutwerte der Probanden unter die Lupe. Dabei stellten sie fest, dass die Daten keine „beträchtlichen akuten Negativwirkungen“ bei den Probanden nahelegten.

Sind solche Studien ethisch vertretbar? Bei Studien mit Menschen am Aachener Universitätsklinikum muss grundsätzlich die Ethikkommission zustimmen. Die Zustimmung sei nachvollziehbar, sagte ein Sprecher des Uni-Klinikums. Wenn Probanden

einem Stoff unterhalb des Grenzwerts ausgesetzt werden, sei das per Definition nicht problematisch. Das seien Werte, wie sie Lastwagen- und Busfahrer jeden Tag erleben. In einem modellhaften Versuch sei es durchaus statthaft, Menschen einmal einem solchen Einfluss auszusetzen.

Ging es um Autoabgase? Nein.

Der Fokus lag nicht auf Autoabgasen. Die Tests seien zudem vor dem öffentlichen Bekanntwerden des VW-Dieselskandals durchgeführt worden, sagte Kraus. „Es gibt keinen Zusammenhang mit dem Dieselskandal.“

Wie gängig sind solche Untersuchungen am Menschen? Dass Menschen giftigen Stoffen ausgesetzt werden, um deren Wirkung zu erforschen, ist einem Experten im Umweltbundesamt (UBA) zufolge „ungewöhnlich“ und eher selten. „Im Umweltbereich ist es völlig unüblich“, sagte Wolfgang Straff, Leiter der Abteilung Umwelthygiene im UBA. Anders sei

es vielleicht im Bereich Arbeitsschutz. „Wir brauchen solche Studien nicht“, sagte Straff. „Es ist klar, dass Stickoxid eine schädliche Wirkung hat.“

Ist es üblich, dass öffentliche Einrichtungen für Unternehmen forschen? „Im internationalen Vergleich arbeitet die deutsche Wirtschaft bei Innovationsprojekten überdurchschnittlich häufig mit Hochschulen zusammen“, so der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. In Deutschland pflegt demnach mehr als die Hälfte der Unternehmen Kooperationen mit Hochschulen. Durch die Zusammenarbeit werden Unternehmen auch zu Finanzgebern für die Wissenschaft. Der Befragung zufolge sehen die Hochschulen ihre Unabhängigkeit dadurch aber nicht gefährdet.

Neben dem Aachener Versuch stehen Abgastests an Affen in den USA in der Kritik. Handelt es sich dabei um einen Einzelfall? „Toxikologische Versuche an Affen sind leider gängig, auch in Deutschland“, sagte Corina Gericke, stellvertretende Vorsitzende von Ärzten gegen Tierversuche. 2016 wurden laut einer Statistik des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Deutschland an 1789 Affen Versuche mit giftigen Substanzen durchgeführt. „Typisch sind dabei wiederholte Gaben über 28 Tage hinweg.“



Droht Volkswagen der nächste große Imageschaden? Der Autohersteller ist wegen Studien mit giftigen Substanzen im Gerede. Foto Stratenschulte/dpa

Ein wichtiger Schritt gegen das Vergessen?

Gedenkstättenleiter in Niedersachsen sehen verpflichtende KZ-Besuche für Schüler skeptisch

BREMERHAVEN. Um dem Vergessen entgegenzuwirken und Geschichte erlebbar zu machen, fordert der Zentralrat der Juden schon seit längerem verpflichtende Besuche von KZ-Gedenkstätten für alle Schüler in Deutschland. In den Gedenkstätten werde sichtbar, „wohin die Diskriminierung und Verfolgung einer Minderheit im Extremfall“ führen könne, begründete Josef Schuster, Präsident des Zentralrats, dies kürzlich.

Politiker reagierten unterschiedlich auf diese Forderung: Während Sawsan Chebli, SPD-Politikerin und Berlins Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement, öffentlich ihre Unterstützung bekundete, übte sich Helmut Holter (Die Linke), Thüringischer Bildungsminister für Jugend und Bildung, in Kritik: „Ich halte den Weg der Freiwilligkeit für den richtigen.“ Zwang sei

als pädagogisches Mittel nicht geeignet, findet er. Eine Aussage, der sich auch die Leiter der Gedenkstätten Bergen-Belsen, Moringen und Lager Sandbostel anschließen.

Zwang führt zur Abwehr

„Zwang führt nur zur Abwehr und ist kontraproduktiv“, führt Dr. Jens-Christian Wagner (Bergen-Belsen) die Problematik von verpflichtenden Besuchen weiter aus. Wenn eine kritische Auseinandersetzung mit Gedenkstätten, dann auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. „Außerdem ist es grundlegend“, sagt Wagner, „dass Gedenkstättenbesuche gut vor- und nachbereitet sind und sich nicht auf eine kurze Führung beschränken.“

Dietmar Sedlaczek von der Gedenkstätte Moringen geht es ebenfalls um den Faktor Nachhaltigkeit. Zwang lehnt er ab:

„Wir wollen Besuchern zeigen, welches Ideengebäude damals zur Verfolgung von Minderheiten und damit zur Unterscheidung von ‚zugehörig‘ und ‚nicht zugehörig‘ geführt hat.“ Dieses Wissen sei auch in der heutigen Zeit



Dr. Jens-Christian Wagner ist Leiter Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Foto privat

noch sehr relevant. „Aber nicht nur für Jugendliche, sondern für die gesamte Gesellschaft.“

Für Andreas Ehresmann (Gedenkstätte Lager Sandbostel) ist die geforderte „Zwangspädagogik“ ebenfalls „wenig zielführend“. Wobei der Besuch von Gedenkstätten für manche Schüler auch in der Vergangenheit sicherlich nur als „eingeschränkt freiwillig“ bezeichnet werden könne.

Er und seine Mitarbeiter könnten aber einen Unterschied merken, wenn vorher im Unterricht eine angeregte Diskussion stattgefunden habe. „Im günstigsten Fall“, fasst Ehresmann zusammen, „sollten dem Besuch einer Gedenkstätte Lernwille und Offenheit dem historischen Ort und der Geschichte gegenüber zugrunde liegen. Sowie eine Empathie den Menschen gegenüber, die in den Lagern gelitten haben oder gestorben sind.“ (jak)

Betrügerbande vor Gericht

Opfer stecken Geld in Mülltonne

HANNOVER. Bei Anruf Bargeld: Weil Betrüger sich am Telefon als Polizei oder Staatsanwaltschaft ausgaben, haben ältere Frauen in Niedersachsen reihenweise hohe Bargeldbeträge in ihren Mülleimer oder Briefkasten gesteckt. Vier Mitglieder einer Bande, die rund 130 000 Euro mit der Maschine kassiert haben sollen, müssen sich seit Montag vor dem Landgericht Hannover verantworten. In einem Fall holte eine Frau in Nordhorn 36 700 Euro aus ihrem Haustresor und legte sie in einen Stoffbeutel unter einen Blumenkübel. In Braunschweig nahm eines der Opfer gar 65 000 Euro aus dem Bankschließfach und legte das Geld in einer Tüte vor die Haustür. Die Bande hatte laut Anklage vorgegaukelt, es gehe darum, angeblichen Einbrechern das Handwerk zu legen. Polizisten würden das Geld später zur Sicherheit abholen.

Manipulierte Telefonnummer

Die Täter sollen die Rufnummernanzeige bei den Opfern dort manipuliert haben, dass dort Nummern hiesiger Justizstellen auftauchten. Das erbeutete Geld soll die Bande zu einem Großteil in die Türkei transferiert haben. Von dort aus sollen weitere Beteiligte die Anrufe, teils unter dem Namen „Staatsanwalt Rosenbusch“, getätigt haben. Die Anklage legt den drei Männern und einer Frau im Alter von 23 bis 35 Jahren banden- und gewerbsmäßigen Betrug in insgesamt 13 Fällen zur Last. (lni)

„Versehentlich vorbeigefahren“

ICE verpasst Uelzen und fährt zurück

UELZEN. Einmal nicht Wolfsburg: Ein ICE ist versehentlich durch Uelzen gefahren und deshalb wieder umgekehrt. Auf seinem Weg von Hamburg nach Wiesbaden war der ICE 1087 zunächst an den wartenden Fahrgästen vorbeigefahren. „Wir entschuldigen uns bei unseren Fahrgästen für die Unannehmlichkeiten, die sie durch den verspäteten Halt in Uelzen hatten“, sagte ein Sprecher der Deutschen Bahn dazu am Montag. Jedes Jahr führe das Unternehmen allein im Fernverkehr knapp 500 000 Zugfahrten mit fast drei Millionen Stopps durch. „Das versehentliche Vorbeifahren am Bahnsteig ist eine Ausnahme“, betonte er. (lni)